

|                                                                                  |   |
|----------------------------------------------------------------------------------|---|
| Mindestlohn: Eurokrise – Sparpolitik schwächt südeuropäische Mindestlöhne        | 2 |
| Niedriglöhne: Was Briten und Franzosen besser machen                             | 3 |
| Öffentlicher Dienst: Schlanker Staat auf Kosten der Bildung                      | 4 |
| Bildung: Arbeiterkinder – Studiengebühren schrecken ab                           | 5 |
| Arbeitszeit: Was sich Arbeitnehmer wünschen – Kürzere Vollzeit, längere Teilzeit | 6 |
| Arbeitsbedingungen: Bus und Bahn – Mehr Stress am Steuer                         | 7 |
| TrendTableau                                                                     | 8 |

## GENDER

# Chefetagen bleiben männlich dominiert

**Ein Drittel der 160 Unternehmen in den DAX-Indizes der Deutschen Börse hat keine einzige Frau in seinen Führungsgremien – weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat.**

Anfang März will Viviane Reding, Vizepräsidentin der EU-Kommission, ihre Analyse zu Frauen in Führungspositionen europäischer Top-Firmen vorlegen. Die Kommissarin hat bereits eine Quotenregelung angekündigt, sollte sie mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein. Fakt ist: In den Vorständen und Aufsichtsräten der Unternehmen in den deutschen Börsenindizes DAX, M-, Tec- und S-DAX sind Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert.

Zwar hat sich ihr Anteil 2011 leicht erhöht: In deutschen Vorständen um 0,3 Prozentpunkte auf jetzt 3,4 Prozent, in den Aufsichtsgremien um 2,7 Prozentpunkte auf 12,7 Prozent. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung von Marion Weckes, Mitbestimmungsexpertin in der Hans-Böckler-Stiftung.\* Elf Jahre nach der Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen, und drei Jahre nach der Aufnahme der Forderung nach mehr Vielfalt in den Corporate Governance Kodex sei dies dennoch „ein ernüchterndes Ergebnis“.

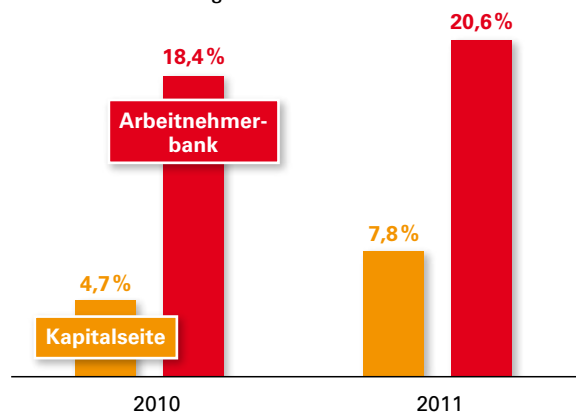
Der Druck auf börsennotierte Unternehmen, Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände zu berufen, zeige zwar Wirkung, aber doch nur langsam. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Firmen mit rein männlichen Führungsetagen von 78 auf 56 gesunken. Insgesamt 10 Unternehmen haben sogar 20 oder mehr Prozent Frauen in ihren Führungsgremien.

„Bleiben die Arbeitnehmervertreterinnen im Aufsichtsrat unberücksichtigt, wird noch deutlicher, dass Frauen in den Kontrollgremien dramatisch unterrepräsentiert sind“, betont Weckes. Auf Anteilseignerseite beträgt der Frauenanteil derzeit durchschnittlich 7,8 Prozent. Die Arbeitnehmerbank hingegen bringt es auf 20,6 Prozent Frauen.

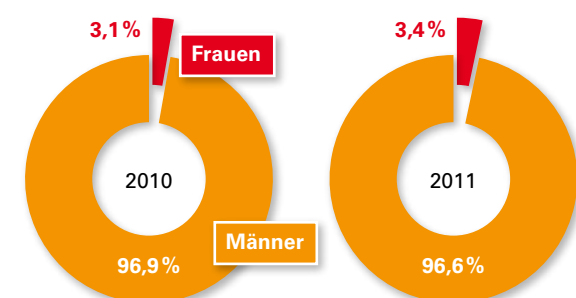
Insgesamt fällt Deutschland immer weiter zurück, weil in europäischen Nachbarstaaten gesetzliche Mindestquoten für deutlich mehr Frauen in den Führungsetagen sorgen. Auf eine verbindliche Regelung setzt auch Weckes. Denn: „Ohne konkrete Vorgaben wird sich weiterhin kaum etwas bewegen.“ Dabei hat jüngst eine Studie des Karlsruher Instituts für Technologie zusammen mit der Universität Göttingen einen positiven Zusammenhang zwischen Frauen in Aufsichtsräten und dem wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen ermittelt:

## Der Fortschritt ist eine Schnecke

Der **Frauenanteil der Aufsichtsräte** börsennotierter\* Unternehmen betrug ...



In den **Vorständen** börsennotierter\* Unternehmen waren vertreten ...



\* alle 160 DAX-, M-DAX-, S-DAX- und Tec-DAX-Unternehmen  
Quelle: Weckes 2012, Stand: 31.12.2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Wenn Frauen im Aufsichtsrat sind, wirkt sich dies positiv auf wirtschaftliche Kennzahlen wie die Gesamt- oder die Eigenkapitalrendite aus – zumindest in Firmen im Endkundengeschäft oder mit hohem Frauenanteil in der Belegschaft. ◀

\* Marion Weckes: Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten, Hans-Böckler-Stiftung, im Erscheinen  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Eurokrise: Sparpolitik schwächt südeuropäische Mindestlöhne

**Die Mehrheit der 20 EU-Länder mit Mindestlohn hat die Untergrenze kürzlich angehoben. Doch vor allem in den Euro-Krisenstaaten stehen Mindestlöhne unter Druck.**

Neun EU-Länder haben zum 1. Januar 2012 ihre gesetzlichen Mindestlöhne erhöht. Großbritannien, Bulgarien und Luxemburg hatten schon im vergangenen Herbst aufgeschlagen. Gleichwohl hat die Krise in der Eurozone den Anstieg der Mindestlöhne stark gebremst. „Obwohl zwischen der aktuellen Verschuldungsproblematik und der Entwicklung der Mindestlöhne kein direkter ökonomischer Zusammenhang besteht, wird unter dem Druck der EU eine restriktive Mindestlohnpolitik mittlerweile als fester Bestandteil der derzeit vorherrschenden Austeritätspolitik gesehen“, konstatiert WSI-Experte Thorsten Schulten im neuen WSI-Mindestlohnbericht.\*

Wo es Erhöhungen gab, fielen sie meist geringer aus als in den Vorjahren. Da gleichzeitig auch noch die Inflation stieg, waren die realen Zuwächse bestenfalls bescheiden. In mehreren Ländern zehrte die Teuerung die nominale Anhebung sogar auf. Das geschah nach Schultens Auswertung beispielsweise in den Niederlanden, Belgien oder Großbritannien. Einige Staaten haben ihre Lohnminima eingefroren. In Irland wurde der Mindestlohn zunächst um einen Euro gesenkt, nach dem Regierungswechsel im Sommer 2011 dann wieder auf den alten Stand von 8,65 Euro angehoben. Die griechische Regierung hat auf internationalen Druck eine Kürzung um mehr als 20 Prozent beschlossen. Es gab allerdings auch Ausnahmen, zeigt Schulten: Ungarn, Polen und Bulgarien erhöhten ihre Lohnminima real deutlich. Auch einige Länder außerhalb der EU hoben ihre Mindestlöhne spürbar an, darunter Argentinien, Brasilien und die Türkei.

**In den westeuropäischen Euro-Ländern betragen die niedrigsten erlaubten Bruttostundenlöhne nun zwischen 8,65 Euro in Irland und 10,41 Euro in Luxemburg.** In Großbritannien müssen umgerechnet mindestens 7,01 Euro gezahlt werden. Dieser Wert ist aber von der anhaltenden Schwäche des Pfunds beeinflusst. Sonst würde der britische Mindeststundenlohn heute bei knapp 9 Euro liegen, erklärt Schulten.

Die südeuropäischen EU-Staaten haben Lohnuntergrenzen zwischen knapp drei Euro in Portugal und 3,96 Euro auf Malta. Etwas darüber liegt mit 4,41 Euro Slowenien. In den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Staaten sind die Mindestlöhne noch deutlich niedriger. Allerdings haben viele in den vergangenen Jahren aufgeholt. Zudem spiegeln die Niveauunterschiede zum Teil auch unterschiedliche Lebenshaltungskosten wider. Legt man Kaufkraftparitäten zugrunde, reduziert sich das Verhältnis zwischen dem niedrigsten und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU von 1:14 auf etwa 1:6.

In den Euro-Krisenstaaten werden die Lohnuntergrenzen unter Druck bleiben, prognostiziert der Forscher. Der gehe vor allem von den Auflagen aus, die EU, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds den Regierun-

## Mindestlöhne: Eurokrise bremst Entwicklung

### Gesetzliche Mindest-Stundenlöhne<sup>1</sup> in der Europäischen Union

|                           |         | zuletzt geändert | seit 2011 um <sup>2</sup> |
|---------------------------|---------|------------------|---------------------------|
| Luxemburg                 | 10,41 € | 10.2011          | ↗ +2,5%                   |
| Frankreich                | 9,22 €  | 01.2012          | ↗ +2,4%                   |
| Niederlande               | 8,88 €  | 01.2012          | ↗ +1,6%                   |
| Belgien                   | 8,75 €  | 05.2011          | ↗ +2,0%                   |
| Irland                    | 8,65 €  | 07.2007          | → ±0%                     |
| Großbritannien            | 7,01 €  | 10.2011          | ↗ +2,5%                   |
| Slowenien                 | 4,41 €  | 01.2012          | ↗ +2,1%                   |
| Griechenland <sup>3</sup> | 4,34 €  | 07.2011          | ↗ +1,4%                   |
| Malta                     | 3,96 €  | 01.2012          | ↗ +3,1%                   |
| Spanien                   | 3,89 €  | 01.2011          | → ±0%                     |
| Portugal                  | 2,92 €  | 01.2011          | → ±0%                     |
| Polen                     | 2,10 €  | 01.2012          | ↗ +8,2%                   |
| Tschechien                | 1,96 €  | 01.2007          | → ±0%                     |
| Ungarn                    | 1,92 €  | 01.2012          | ↗ +19,2%                  |
| Slowakei                  | 1,88 €  | 01.2012          | ↗ +3,3%                   |
| Estland                   | 1,80 €  | 01.2012          | ↗ +4,0%                   |
| Lettland                  | 1,68 €  | 01.2011          | → ±0%                     |
| Litauen                   | 1,40 €  | 01.2008          | → ±0%                     |
| Rumänien                  | 0,97 €  | 01.2012          | ↗ +4,6%                   |
| Bulgarien                 | 0,80 €  | 09.2011          | ↗ +12,2%                  |

### Gesetzliche Mindestlöhne außerhalb der EU

|             |         |         |          |
|-------------|---------|---------|----------|
| Australien  | 11,50 € | 07.2011 | ↗ +3,4%  |
| Neuseeland  | 7,39 €  | 04.2011 | ↗ +2,0%  |
| Kanada      | 7,16 €  | 01.2012 | ↗ +3,7%  |
| Japan       | 6,64 €  | 01.2012 | ↗ +1,0%  |
| USA         | 5,21 €  | 07.2011 | → ±0%    |
| Argentinien | 2,00 €  | 09.2011 | ↗ +25,0% |
| Türkei      | 1,96 €  | 01.2012 | ↗ +11,5% |
| Brasilien   | 1,41 €  | 01.2012 | ↗ +15,1% |

1) Stand 1.1.2012, Umrechnung in Euro zum Jahresdurchschnitt 2011, Kanada und Japan gewichtete Umrechnung regionaler Mindestlöhne; 2) Entwicklung vom 1.1.2011 bis 1.1.2012  
3) Absenkung auf 3,39 Euro zum 1. März 2012 angekündigt  
Quelle: WSI-Mindestlohn Datenbank 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

gen machen, etwa in Spanien und Portugal. Angesichts der drastischen Nachfrageeinbrüche und der Wachstumsschwäche im Euro-Raum sei das eine gefährliche Tendenz, warnt der Wissenschaftler: Mit der verbreiteten „Kombination aus rigider Sparpolitik und restriktiver (Mindest-)Lohnpolitik“ würden „die Potenziale zur Entwicklung der Binnenwirtschaft systematisch abgewürgt“, schreibt Schulten. ◀

\* Quelle: Thorsten Schulten: WSI-Mindestlohnbericht 2012 – Schwache Mindestlohnentwicklung unter staatlicher Austeritätspolitik, in: WSI-Mitteilungen 2/2012, März 2012  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Was Briten und Franzosen besser machen

**Eigentlich sollen subventionierte Minijobs Geringverdiener entlasten. In der Realität haben sie stark zur Ausbreitung von Niedriglöhnen beigetragen. Wie der Staat die Bezieher niedriger Einkommen anders unterstützen kann, zeigen Beispiele aus Großbritannien und Frankreich.\***

Seit gut 15 Jahren driften die unteren und mittleren Einkommen in Deutschland immer weiter auseinander. In Großbritannien war keine vergleichbare Einkommensspreizung zu beobachten. In Frankreich verlief der Trend gar gegenläufig, zeigen WSI-Forscher Alexander Herzog Stein und Werner Sesselmeier, Professor an der Universität Koblenz-Landau. Eine Ursache für die unterschiedliche Entwicklung: In Deutschland ist der Niedriglohnsektor durch immer mehr atypische Beschäftigungsverhältnisse stark gewachsen. Dabei spielen die 7,3 Millionen subventionierten Minijobs eine große Rolle. Franzosen und Briten zahlen zwar ebenfalls Lohnzuschüsse, doch zugleich sichern sie das Lohnsystem nach unten ab.

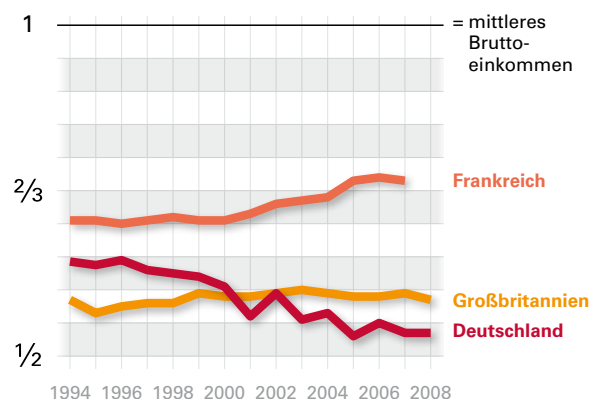
**Deutsche Probleme:** Arbeitnehmer müssen bei 400-Euro-Jobs weder Einkommensteuer noch Sozialabgaben zahlen, stattdessen überweist der Arbeitgeber eine Pauschale von etwa 30 Prozent an die Minijob-Zentrale. Das klingt für viele Minijobber zunächst attraktiv, hat aber gravierende negative Folgen, zeigen die Forscher: Erstens gelinge es den Arbeitgebern, die Pauschale auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Die Bruttostundenlöhne der Minijobber sind laut WSI-Untersuchungen oft deutlich geringer als die der Vollzeit-Beschäftigten. Für Arbeitgeber kann es sich somit rechnen, sozialversicherungspflichtige Stellen in Minijobs aufzuspalten. Zweitens gebe es etwa für Ehepartner, die mit einem Minijob das gemeinsame Einkommen aufstocken, kaum Anreize, über die 400-Euro-Grenze hinaus zu arbeiten. Denn die hinzukommenden Abgaben würden die Bezahlung der Mehrarbeit faktisch auffressen. Minijobs sind meist keine Brücke in reguläre Beschäftigung. Stattdessen säßen viele Minijobber in einer „Geringfügigkeitsfalle“ fest.

**Steuergutschrift für Geringverdiener:** Solche Nebenwirkungen werden in Großbritannien und Frankreich weitgehend vermieden, schreiben die Wissenschaftler. In Großbritannien erhalten Geringverdiener seit 2003 einen Zuschuss. Dabei gelten aber bestimmte Voraussetzungen: Kinderlose Antragsteller müssen in der Regel mehr als 30 Stunden die Woche arbeiten. Leben auch Kinder im Haushalt, sind es mindestens 16 Stunden. Ausgezahlt wird der Zuschuss als Steuergutschrift. Die maximale Höhe liegt für einen Zweipersonenhaushalt bei 5.407 Euro im Jahr. Ist das Einkommen so gering, dass die zu zahlenden Steuern niedriger sind als die Gutschrift, wird die Differenz ausgezahlt. Der in Großbritannien geltende Mindestlohn – 2008 lag er bei 7,20 Euro die Stunde – verhindert laut Herzog-Stein und Sesselmeier, dass die Löhne aufgrund der Zuschüsse nach unten abrutschen.

Auch Frankreich gibt einen Lohnzuschuss, der von der Steuer abgezogen oder direkt ausgezahlt wird. Bekommen können ihn nicht nur Beschäftigte in Voll- und Teilzeit, sondern auch Selbstständige. Die maximale Höhe lag 2008 bei 961 Euro im Jahr. Der Zuschuss ist also deutlich geringer als in Großbritannien. Wie dort gibt es aber auch in Frankreich eine Mindestförderschwelle. Sie richtet sich allerdings nicht nach der Arbeitszeit, sondern nach dem Einkommen.

## Deutschland: Unten abgehängt

So viel verdient das untere Zehntel im Vergleich zum mittleren Einkommen in ...



Quelle: OECD, Berechnungen Herzog-Stein, Sesselmeier 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

**Subvention der Sozialversicherungsbeiträge:** Die Arbeitgeber bekommen in Frankreich für den unteren Einkommensbereich einen Zuschuss zu den Sozialabgaben, die dort mit insgesamt 60 Prozent des Bruttolohns vergleichsweise hoch sind. Bei einem Einkommen in Höhe des Mindestlohns – 2008 lag er bei 8,71 Euro die Stunde – werden die Abgaben so auf knapp 38 Prozent gedrückt. Mit steigendem Lohn sinkt die Subvention. Die vollen Beiträge sind ab einem Einkommen in Höhe des 1,6-fachen des Mindestlohns zu zahlen. Den Staat hat diese Subvention im Jahr 2006 etwa 18 Milliarden Euro gekostet, was in etwa einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht.

**Vorteile bei den Nachbarn:** Die Mindestförderschwelle in Frankreich und Großbritannien garantiert, dass nur Arbeitsverhältnisse ab einem bestimmten Umfang gefördert werden, erläutern die beiden Forscher. In Deutschland sei das genaue Gegenteil der Fall. Die Minijob-Förderung fällt oberhalb von 400 Euro weg, ab 800 Euro sind die vollen Sozialbeiträge fällig. Mehr zu arbeiten werde dadurch finanziell oft unattraktiv. Der in Frankreich und Großbritannien geltende Mindestlohn setze zudem klare Untergrenzen für die Stundenlöhne und Sorge dafür, dass die Sozialabgaben der Arbeitgeber nicht auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Laut Herzog-Stein und Sesselmeier könnte in Deutschland die Einführung eines Lohnzuschusses, einer Mindestförderschwelle und eines Mindestlohns die Unterschiede zwischen den Bruttostundenlöhnen von Minijobbern und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten minimieren. ◀

\* Quelle: Alexander Herzog-Stein, Werner Sesselmeier: Alternativen zu Mini- und Midijobs? Die Beispiele Frankreich und Vereinigtes Königreich. in: WSI-Mitteilungen, Heft 1/2012

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Schlanker Staat auf Kosten der Bildung

**Seit der Jahrtausendwende hat sich der Lehrermangel an deutschen Schulen leicht verringert – allerdings nur wegen sinkender Schülerzahlen. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern bleibt Deutschland weiterhin zurück.**

Im internationalen Vergleich hat das deutsche Bildungswesen in den vergangenen Jahren immer wieder schlechte Noten bekommen. Die unzureichende personelle Ausstattung an den Schulen ist hierfür ein wesentlicher Grund, so der Finanzexperte Dieter Vesper. Das langjährige Mitglied im Kreis der Steuerschätzer hat im Auftrag des IMK die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst untersucht.\* Besonders groß ist der Fehlbestand an deutschen Schulen, stellt Vesper fest. Nach seinen Berechnungen fehlen hier rund 55.000 Lehrkräfte. In der Kinderbetreuung sieht der Finanzexperte einen

zusätzlichen Bedarf von 16.000 Stellen. Etwas günstiger hat sich die Situation an den Hochschulen entwickelt.

**Schulen.** Rund ein Drittel der personellen Ressourcen im Landesdienst entfällt auf die Schulen. Im Bundesdurchschnitt ging der zentrale Indikator der schulischen Versorgung, die Schüler-Lehrer-Relation, leicht zurück: Kamen 1992 noch 16,5 Schüler auf einen Lehrer, waren es 2009 16,1. Dieses Ergebnis hängt jedoch in erster

te „Bildungsrendite“ sollten die Bundesländer nicht der Haushaltskonsolidierung unterwerfen, warnt Vesper. Denn inzwischen habe sich in der Wissenschaft die Einschätzung durchgesetzt, dass Bildungsausgaben mittelbar für mehr Wachstum sorgen.

**Hochschulen.** Nahezu ein Fünftel des Personals im Landesdienst ist in Hochschulen und Hochschulkliniken tätig. Parallel zum deutlichen Anstieg der Studentenzahl hat sich die Zahl der hauptberuflich Beschäftigten im Zeitraum 2000 bis 2009 von 422.000 auf 467.000 erhöht. Die Hochschulen setzten für die neuen Stellen vor allem Drittmittel ein – und stockten ihr wissenschaftliches Personal nach der Jahrtausendwende kräftig auf: Im Jahr 2009 war die Zahl der Beschäftigten mit 301.000 um 37 Prozent höher als 2000. Damit verbesserte sich die Relation zwischen Lehrenden und Lernenden: Die Zahl der Studenten je Lehrperson sank auf sieben. Hingegen ging die Zahl der nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten kräftig zurück, von 213.000 auf 166.000 – also um 22 Prozent. Die neuen Jobs seien zudem oft zeitlich befristet und vielfach Teilzeitstellen, so der Forscher.

**Kinderbetreuung.** In jüngster Zeit hat Deutschland erhebliche Anstrengungen unternommen, die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auszubauen und sie an westeuropäische Standards heranzuführen. Insgesamt ist von 2006 bis 2010 die Zahl der betreuten Kinder von 2,95 auf 3,08 Millionen gestiegen – ein Zuwachs um 4,2 Prozent. In der gleichen Zeit hat die Zahl der in Tageseinrichtungen tätigen Personen von 415.000 auf 490.000 zugenommen; dies entspricht einem Plus von 18 Prozent. Während 2006 auf einen Beschäftigten noch 7,1 Kinder kamen, waren es 2010 nur noch 6,3 Kinder.

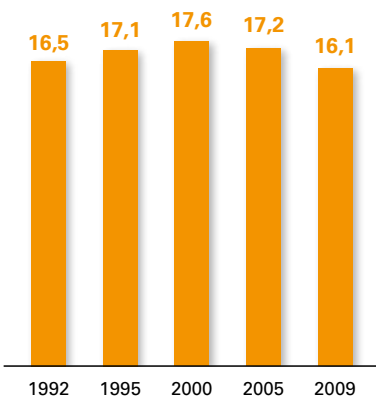
Allerdings habe sich „die Beschäftigungsausweitung primär im Bereich der Teilzeitarbeit vollzogen, sodass die Verbesserung der Betreuungsrelationen wohl überzeichnet ist“, gibt Vesper zu bedenken. Und trotz der Fortschritte bestehe gerade bei der frühkindlichen Betreuung bundesweit ein riesiger Nachholbedarf, so der Forscher – im Westen stärker als im Osten. Allein aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab zwei Jahren ergebe sich ein zusätzlicher Bedarf von 16.000 Stellen. ◀

## Gehaltszuwächse schwächer als in der Privatwirtschaft

Auch die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst hat Vesper durchleuchtet. Insgesamt, so der Forscher, sind die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst in den vergangenen zwei Jahrzehnten hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Von 1992 bis 2010 addierten sich die nominalen Tarifsteigerungen der gesamten Wirtschaft auf 52 Prozent, während der öffentliche Dienst nur einen Zuwachs um 44 Prozent verzeichnete. Hinzu kommen Kürzungen beim Weihnachtsgeld und bei anderen Zuschlägen, aber auch Einsparungen durch niedrigere Eingruppierungen bei Ersatzeinstellungen. Einige Bundesländer erhöhten die Stundendeputate von Lehrern, ohne im Gegenzug deren Bezüge zu erhöhen.

### Leichte Besserung

Ein Lehrer war für so viele Schüler verantwortlich ...



Quelle: Vesper 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Linie mit den sinkenden Schülerzahlen zusammen: Die Zahl der Lehrer stagnierte in diesem Zeitraum nahezu mit einem Plus von lediglich 0,6 Prozent.

In den kommenden Jahren werden jährlich – auf Vollzeitstellen umgerechnet – zwischen 18.000 und 33.000 Lehrer altersbedingt aus dem Arbeitsleben ausscheiden, zeigen Vespers Berechnungen. Weiter sinkende Schülerzahlen könnten die Politik dazu verleiten, frei werdende Stellen zu streichen. Im internationalen Vergleich habe Deutschland jedoch zu wenig Lehrer, so der Wissenschaftler. Gemessen am EU-Durchschnitt ergebe sich ein Fehlbestand von 11 Prozent; das sind 55.000 Lehrkräfte. Gerade die demografisch beding-

\* Quelle: Dieter Vesper: Finanzpolitische Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Öffentlichen Dienstes in Deutschland, IMK Study Nr. 25/2012

Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)



# Arbeiterkinder: Studiengebühren schrecken ab

**Allein die Diskussion über Studiengebühren hat 2006 dazu geführt, dass bundesweit ein deutlich geringerer Anteil der Jugendlichen ein Studium angefangen hat als zuvor.**

Vor fast sechs Jahren protestierten deutschlandweit junge Erwachsene wochenlang gegen die Einführung von Studiengebühren. Ihre Kritik: Ein kostenpflichtiges Studium werde gerade jene Gruppen vom Studieren abhalten, die ohnehin schon benachteiligt sind. Das Hochschul-Informations-System (HIS) konnte kürzlich erstmals die Längsschnittdaten für die studienberechtigten Schulabgänger des Jahres 2006 auswerten.\* Sie zeigen: Für bundesweit etwa 11.800 Studienberechtigte sind Studiengebühren ein entscheidender Grund, dauerhaft auf ein Studium zu verzichten.

Die Detailanalyse bestätigt die Befürchtungen von Gebühren-Kritikern: Insbesondere Frauen, Kinder aus nicht-akademischen Familien sowie Absolventen beruflicher Schulen schreckten davor zurück, sich einzuschreiben. Vor allem aber zeigt die von HIS-Forscher Christoph Heine erstellte Analyse: Bei der Entscheidung gegen ein Studium war unerheblich, ob die Schulabgänger aus einem Bundesland mit oder ohne Gebühren kamen. „Offensichtlich hat die erhitzte Debatte um die Einführung von Studiengebühren und ihre Auswirkungen eine länderübergreifende psychologische Wirkung der Verunsicherung auf alle Studienberechtigten gehabt“, schreibt der Forscher. Das Ergebnis stützt sich auf zwei methodische Ansätze:

schreiben zu wollen. Und etwa fünf Prozent erklärten, sie würden wegen der Studiengebühren nun doch nicht anfangen zu studieren. Unter ihnen war der Anteil der Frauen, der Schüler beruflicher Schulen und aus nicht-akademischen Familien überdurchschnittlich hoch.

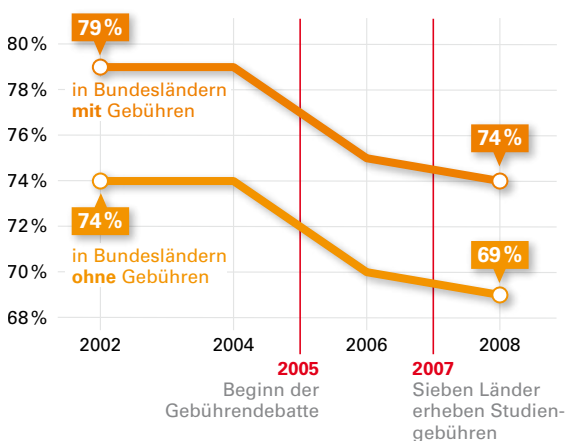
Die Umfragen hatten 2006 und 2008 aber nur die Aussagequalität einer Momentaufnahme, merkt Heine an. So zeigen die nun erstmals ausgewerteten Längsschnittdaten über das tatsächliche Studierverhalten, dass etwa 6.200 Studienberechtigte, die 2006 wegen der Gebühren zunächst zögerten, später zwar doch noch ein Studium begonnen haben. Letztlich hat die Einführung von Studiengebühren 2006 aber etwa 11.800 Studienberechtigte dauerhaft von einer akademischen Laufbahn abgehalten. Das entspricht „etwa zwei mittleren Fachhochschulen“, schreibt Heine. Der Rückgang in Ländern mit und ohne Studiengebühren war ähnlich stark. Detaillierte Zahlen für 2008 liegen noch nicht vor.

**Auswertung statistischer Daten.** Neben der Umfrage hat Heine den Einfluss der Studiengebühren auf die Zahl der Studienanfänger mit einer statistischen Auswertung der verfügbaren bildungsbiografischen Daten untersucht. Diese Methode klammert subjektive Begründungen aus und betrachtet allein die Zahlen. Die Untersuchung kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. So sank der Anteil der Studienberechtigten, die tatsächlich ein Studium aufgenommen haben, 2006 und 2008 deutlich. In den Jahren 2002 und 2004, also vor der Gebührendebatte, blieb die so genannte Studierwahrscheinlichkeit dagegen gleich. Einen Unterschied zwischen Ländern mit und ohne Studiengebühren konnte Heine auch bei dieser Untersuchung nicht feststellen.

Er spricht daher von einem „globalen Effekt“. Vermutlich habe die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern bundesweit Studienberechtigte verunsichert. So fürchteten anscheinend einige, auch bei ihnen könnte ein Studium künftig teurer werden. Diese Befürchtung hat sich zwar nicht bestätigt: Lediglich Bayern und Niedersachsen halten bis heute an den Gebühren fest. Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Hamburg haben ihre Abschaffung schon wieder beschlossen. Gleichwohl konstatiert Heine, „dass seit Einführung von Studiengebühren ein signifikanter allgemeiner Rückgang der Studierbereitschaft eingetreten ist“. Die Zahl der Studierenden war somit in den vergangenen Jahren geringer als möglich. Ohne die bundesweite Debatte hätten diejenigen, die sich von Gebühren abhalten ließen, ihr Studium mittlerweile womöglich schon abgeschlossen. ◀

## Debatte verunsichert Abiturienten

Die Studierbereitschaft betrug ...



**Umfrage unter Schulabgängern.** Das HIS hat 2006 und 2008 junge Erwachsene direkt befragt, ob Gebühren sie davon abhalten, sich einzuschreiben. Mehr als zwei Drittel gaben 2008 aus unterschiedlichen Gründen an, Studiengebühren hätten keinen Einfluss auf ihre Studienpläne. Etwa jeder Zehnte antwortete, sich aufgrund der Gebühren an der Wunschhochschule nun an einer anderen Universität ein-

\* Quelle: Christoph Heine: Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf die Studierbereitschaft in Deutschland, Stellungnahme der HIS Hochschul-Informations-Systeme GmbH im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung in Berlin, 25. Januar 2012.  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Was sich Arbeitnehmer wünschen: Kürzere Vollzeit, längere Teilzeit

Bei den Arbeitszeiten in Deutschland gehen die betriebliche Realität und die Bedürfnisse der Beschäftigten deutlich auseinander.

Überstundenabbau und Wahlarbeitszeit könnten Abhilfe schaffen.

Kürzer oder länger arbeiten? Die Vorschläge für eine angemessene Arbeitszeitpolitik sind widersprüchlich. Die Bundesagentur für Arbeit rät angesichts der demografischen Entwicklung neuerdings zu längeren Arbeitszeiten. Dagegen werben Sozialpolitiker für eine Verkürzung. Hauptargumente hier: Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Reduzierung von gesundheitsschädlichen Arbeitsbelastungen.

Wie es in Sachen Arbeitszeit um die Bedürfnisse der Beschäftigten einerseits, die Situation in deutschen Betrieben andererseits bestellt ist, haben die DIW-Forscherin Elke Holst und Hartmut Seifert, ehemaliger Leiter des WSI, untersucht.\* Nach ihrer Analyse anhand des Sozio-oekonomischen Panels

diesen Durchschnittswerten verbergen sich allerdings ausgeprägte Unterschiede zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten: Vollzeitbeschäftigte Männer waren in den alten Bundesländern 4,7 und in den neuen Bundesländern 5,2 Stunden länger tätig als erwünscht. Hingegen hätten westdeutsche Frauen mit einer Teilzeitstelle ihre tatsächliche Arbeitszeit gern um drei Stunden, ihre ostdeutschen Kolleginnen um 2,9 Stunden erhöht.

## ► Überstunden machen die Arbeitswoche lang.

Große Differenzen können Holst und Seifert auch zwischen den per Tarif- oder Arbeitsvertrag vereinbarten und den tatsächlichen Arbeitszeiten in den Betrieben nachweisen.

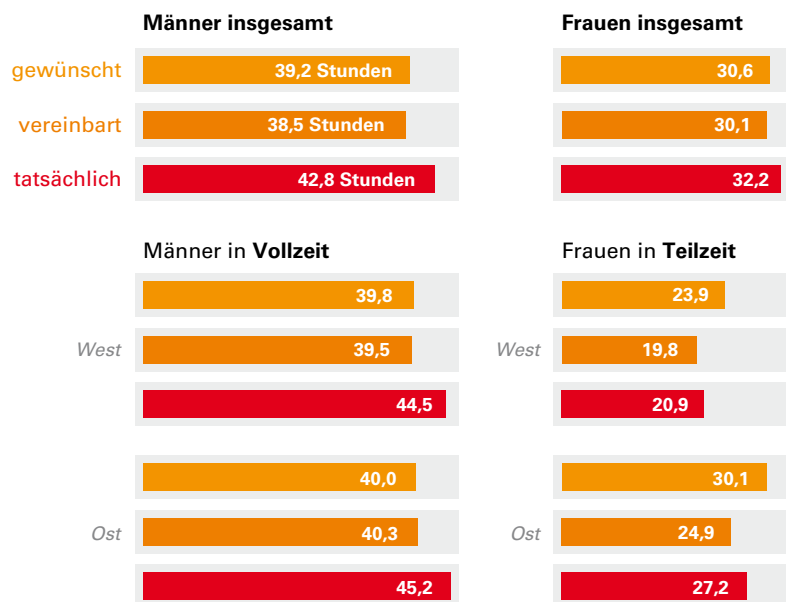
Im Jahr 2009 arbeiteten Männer pro Woche im Schnitt 4,3 Stunden länger als im Vertrag vorgesehen, bei Frauen betrug der Unterschied 2,1 Stunden. Ein Abbau dieser Differenz käme den Bedürfnissen der Beschäftigten entgegen, halten die Forscher fest: „Ein wesentlicher Schritt wäre getan, wenn Überstunden und Mehrarbeit vermieden und die vereinbarten Arbeitszeiten eingehalten würden.“

Der Idee, einem drohenden Fachkräftemangel in Deutschland mit längeren Arbeitszeiten zu begegnen, stehen die Wissenschaftler angesichts ihrer Befunde skeptisch gegenüber. Stattdessen plädieren sie dafür, den Beschäftigten einen größeren Gestaltungsspielraum einzuräumen. Wahlarbeitszeiten, die individuelle Abweichungen von der Regelarbeitszeit ermöglichen, könnten ein alterns- und familiengerechtes Arbeiten erleichtern. Erwerbsarbeit würde damit insbesondere für Frauen und ältere Arbeitnehmer attraktiver, was zu höheren Erwerbsquoten in diesen Gruppen führen dürfte. Holst und Seifert schreiben, dass sich eine präferenzgerechte Arbeitszeitgestaltung letztlich

sogar positiv auf das Erwerbspotenzial auswirken könnte. Wahlarbeitszeiten kämen also nicht nur den Bedürfnissen der Beschäftigten entgegen, sondern seien „auch im Hinblick auf Effekte beim Arbeitskräfteangebot eine zielführende Alternative zu generellen Arbeitszeitverlängerungen“.

## Arbeitszeiten sind selten wunschgemäß

Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten betragen 2009 ...



Quelle: Holst, Seifert 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

weichen die tatsächlichen von den bevorzugten Arbeitszeiten deutlich ab. Insgesamt empfinden Arbeitnehmer die Arbeitszeiten als zu lang.

## ► Vollzeitbeschäftigte wollen reduzieren, Teilzeitbeschäftigte aufstocken.

Männer mussten 2009 durchschnittlich 3,6 Stunden, Frauen 1,6 Stunden pro Woche länger arbeiten als erwünscht. Hinter

\* Quelle: Elke Holst, Hartmut Seifert: Arbeitszeitpolitische Kontroversen im Spiegel der Arbeitszeitwünsche, in: WSI-Mitteilungen 02/2012  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Bus und Bahn: Mehr Stress am Steuer

Die Arbeitsbelastung von Bus- und Straßenbahn-Fahrern ist deutlich gestiegen, zeigt eine neue Studie. Eine Folge des größeren Wettbewerbsdrucks im öffentlichen Nahverkehr.

Die Vorgabe kam im Jahr 2007 von der EU-Kommission: Mehr Wettbewerb, national und europäisch, sollte zu mehr Effizienz im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) beitragen. Das hat gewirkt. Zwar haben die meisten deutschen Großstädte die Aufträge für Bus- und Bahnlinien auf ihren Straßen weiter an ihr kommunales Nahverkehrsunternehmen vergeben. Doch diese Direktvergaben waren mit harten Preisverhandlungen verbunden und sind zeitlich befristet. Konfrontiert mit der von der EU vorgesehenen Alternative – einer europaweiten Ausschreibung – haben viele Verkehrsbetriebe ihre Produktivität erhöht und Kosten gesenkt. Eine qualitative Untersuchung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung\* beleuchtet die Kehrseite dieser wirtschaftlichen Restrukturierung. Häufig wurden Stellen gestrichen, Arbeitszeiten verlängert und die Bezahlung – vor allem bei Neueinstellungen – abgesenkt.

Wie sich das auf die Beschäftigten im Fahrbetrieb auswirkt, analysiert der Unternehmensberater Hubert Resch. Er befragte in fünf großen kommunalen Verkehrsbetrieben Fahrerinnen und Fahrer, die Verantwortlichen für die Dienstpläne, Betriebsräte und Arbeitsdirektoren. Fazit des Experten: Auf der Positiv-Seite stehe der Erhalt der öffentlichen Unternehmen und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Und im Vergleich zu privaten Nahverkehrsunternehmen seien Löhne und Sozialstandards nach wie vor relativ gut.

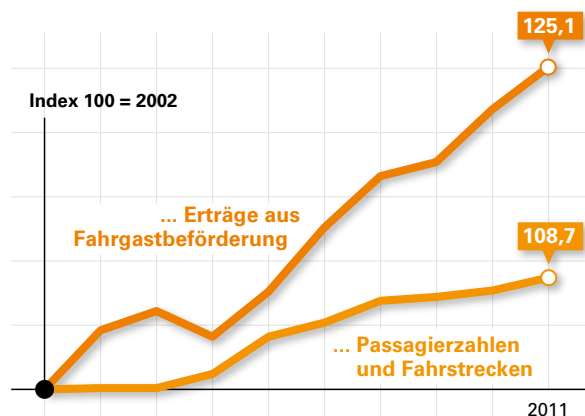
Das wissen auch die Fahrerinnen und Fahrer. Doch mit den alltäglichen Bedingungen sind viele nicht zufrieden, zeigt die Studie. Nur bei einem der fünf untersuchten Unternehmen blieb die Zahl der Beschäftigten im Fahrdienst stabil. In den anderen sank sie um gut 10 bis über 40 Prozent, zum Teil auch durch Fremdvergaben an Billiganbieter. Für die Fahrer bedeutet das längere Arbeitszeiten und noch straffere Betriebsabläufe – damit sei eine ohnehin schon anstrengende und verantwortungsvolle Tätigkeit im Schichtdienst noch deutlich belastender geworden, so Resch.

Die wichtigste Größe für die Bewertung der Arbeitsbelastung von ÖPNV-Chauffeuren sind die aktiven Lenkzeiten am Steuer oder an der Straßenbahnkurbel. Die sind laut Reschs Berechnung deutlich länger geworden – um 15 bis 60 Minuten am Tag je nach Betrieb. Die kräftige Zunahme kommt dadurch zustande, dass zusätzlich zu einer Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit von 38,5 auf 39 Wochenstunden die Arbeit verdichtet wurde. So wandelten die Unternehmen bezahlte in unbezahlte Pausen um. Wendezeiten der Fahrer wurden bis aufs gesetzliche Mindestmaß reduziert, Wegezeiten meistens ganz gestrichen. Diese „Pufferzeiten“ hätten bisher dazu beigetragen, die Belastung aus der reinen Fahrtätigkeit abzumildern, erklärt der ÖPNV-Experte. „Jetzt geht die Entwicklung dahin, die Arbeitszeit ganz mit Lenkzeiten auszufüllen.“

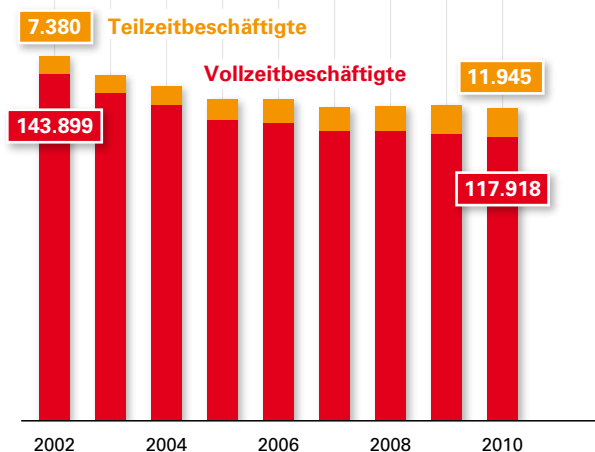
Zwar attestieren die Befragten auch einige Fortschritte: Ihre Arbeitszeitwünsche würden im Dienstplan stärker berücksichtigt als früher, auch die Betriebsräte können mehr Einfluss nehmen. Aber das mildere den gestiegenen Arbeits-

## Weniger Beschäftigte im ÖPNV

Im deutschen Öffentlichen Personennahverkehr entwickelten sich die ...



... und die Beschäftigtenzahlen:



Quelle: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen 2010/2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

druck allenfalls ein wenig. Zumal gleichzeitig der Straßenverkehr in den untersuchten Großstädten dichter werde und Probleme mit aggressiven Fahrgästen zunehmen.

Unter dem Strich, so Resch, sähen viele Fahrer „die Schmerzgrenze nicht nur als erreicht an, sondern zum Teil bereits als überschritten“. Das wiege besonders schwer, weil schon vor den Rationalisierungen ein relativ hoher Anteil den Fahr-Job gesundheitlich nicht durchhielt. Der Fachmann geht von 10 bis 20 Prozent aus, die vorzeitig ausscheiden mussten. „Die Fahrdienstuntauglichkeit und die schon heute mit Krankenständen um die 10 Prozent hohe Krankenquote dürften mittelfristig zunehmen“, schätzt Resch. ◀

\* Quelle: Hubert Resch: Arbeitsverdichtung im Fahrdienst als Folge der Restrukturierung im ÖPNV. Arbeitspapier 212 der Hans-Böckler-Stiftung, Januar 2012  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Andreas Kraft,  
Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;  
Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei  
nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),  
weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben  
unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## TrendTableau

### ARBEITSMARKT

#### Vor allem Leiharbeit im Angebot

Die meisten offenen Stellen  
gab es im Januar 2012  
in den Branchen ...

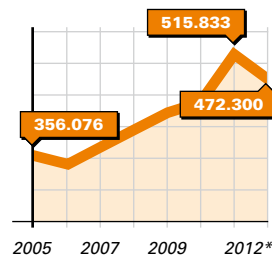
|                                |                |
|--------------------------------|----------------|
| <b>Zeitarbeit</b>              | <b>152.332</b> |
| Handel                         | 44.131         |
| Verarbeitendes<br>Gewerbe      | 39.348         |
| Gesundheits-<br>u. Sozialwesen | 38.056         |

Bundesagentur für Arbeit, Januar 2012

### BILDUNG

#### Ansturm auf die Hochschulen

Ein Studium an Universitä-  
ten oder Fachhochschulen  
begannen ...



\* Prognose  
Kultusministerkonferenz, Januar 2012

### GENDER

#### Junge Frauen besser gebildet

Die Hochschulreife hatten  
2010 von allen ...

|                            |        |        |
|----------------------------|--------|--------|
|                            |        |        |
| 20- bis 25-<br>jährigen    | 46,7 % | 37,7 % |
| 35- bis 40-<br>jährigen    | 34,0 % | 35,6 % |
| 50- bis 55-<br>jährigen    | 23,3 % | 27,7 % |
| 65-jährigen<br>und älteren | 8,2 %  | 19,5 % |

Statistisches Bundesamt, 2011

### GESUNDHEIT

#### Arbeitslosigkeit lastet auf der Seele

Antidepressiva verordnet  
bekamen 2010 von den  
versicherten\* ...

|                      |        |
|----------------------|--------|
| <b>arbeitslosen</b>  |        |
| Frauen               | 18,8 % |
| Männern              | 11,7 % |
| <b>beschäftigten</b> |        |
| Frauen               | 7,9 %  |
| Männern              | 4,3 %  |

\* bei Betriebskrankenkassen  
BKK Bundesverband, 2011

### EINKOMMEN

#### Teilzeit bringt Lohnabschlag

Der Bruttostundenlohn\*  
betrug im 3. Quartal 2011 im  
Schnitt für ...

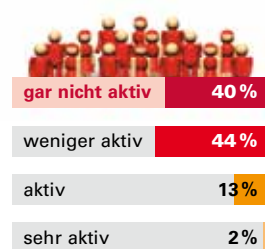


\* ohne Sonderzahlungen  
Statistisches Bundesamt, 2011

### DEMOKRATIE

#### Passive Demokraten

Wahlberechtigte in  
Deutschland sagen, sie  
seien politisch ...



1.000 Befragte  
Infratest Dimap, Januar 2012

### MITBESTIMMUNG

#### Fit in Fragen der Arbeitszeit

Zum Thema Arbeitszeit oder  
Arbeitszeitkonten weiterge-  
bildet haben sich 2009/2010

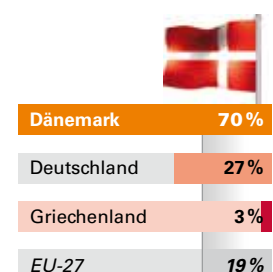


\* in gewerblichen Betrieben ab 20 Beschäf-  
tigten; WSI-Betriebsrätebefragung 2011

### ZUFRIEDENHEIT

#### Glückliche Dänen

Mit ihrem Leben insgesamt  
„sehr zufrieden“ sind in ...



Eurobarometer, Dezember 2011

► **BILDUNG:** In der EU ha-  
ben 2010 etwa 14 Prozent der  
Schüler die Schule ohne Ab-  
schluss verlassen. Damit sei  
das für 2020 gesetzte Ziel einer  
Abbrecherquote von unter 10  
Prozent in Gefahr, befürchtet  
die EU-Kommission. Inner-  
halb der Gemeinschaft gibt  
es allerdings erhebliche Un-  
terschiede. Während in Spa-  
nien und Portugal jeweils über  
28 Prozent der Jugendlichen

keinen Abschluss schafften,  
waren es in der Slowakei  
und Tschechien weniger  
als 5 Prozent. Deutschland  
liegt mit einer Schulabbre-  
cherquote von knapp 12  
Prozent leicht unter dem  
europäischen Durchschnitt.  
Eurostat, Februar 2012

► **ENTWICKLUNGSHILFE:**  
Deutschland verfehlt seine  
selbst gesetzten Ziele bei der

Entwicklungshilfe klar. Eigent-  
lich sollte im Jahr 2010 gut ein  
halbes Prozent des Bruttosozial-  
produkts als Hilfe in die  
Entwicklungsländer fließen.  
Tatsächlich waren es mit 9,8  
Milliarden Euro nur knapp 0,4  
Prozent, wie das Statistische  
Bundesamt ermittelte. Setze  
sich der Trend der Jahre 2006  
bis 2010 fort, werde auch das  
mittelfristige Ziel einer Quote  
von 0,7 Prozent bis zum Jahr

2015 verfehlt, erwarten die  
Statistiker.

Statistisches Bundesamt, Februar 2012

► **ARBEITSWELT:** Fast jede  
fünfte Überstunde in Deutsch-  
land machen Beschäftigte um-  
sonst – die Mehrarbeit wird  
weder „abgefeiert“ noch be-  
zahlt. Dies hat das Institut für  
Arbeitsmarkt- und Berufsfors-  
chung berechnet.

IAF, Februar 2012